WP-4-518 Kapitel 4: Berlin lebt Vielfalt

Antragsteller*in: Tilo Pätzolt (KV Berlin-Kreisfrei)

Änderungsantrag zu WP-4

Nach Zeile 518 einfügen:

4.6 Ostdeutsche Perspektiven - sichtbar machen, einbeziehen und stärken

"BÜNDNIS 90" im Namen unserer Partei verweist auf die ostdeutsche Bürgerrechts-, Umwelt- und Demokratiebewegung der späten 1980er und frühen 1990er Jahre, die den friedlichen Umbruch der DDR getragen hat. Dieses Erbe ist für uns nicht nur historischer Bezugspunkt, sondern gelebter politischer Anspruch. Berlin ist das einzige ost-westdeutsche Bundesland und damit der Ort, an dem wir zeigen müssen, dass Zusammenwachsen auf Augenhöhe gelingen kann.

Mehr als drei Jahrzehnte nach dem Mauersturz prägen unterschiedliche Erfahrungen von Transformation, Anerkennung und Teilhabe Berlin bis heute. Dennoch fehlt es weiterhin an gleichwertiger wirtschaftlicher Teilhabe von Ostdeutschen sowie an ihrer fairen Repräsentation in politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungsgremien. Ostdeutsche Perspektiven sind zwingend nötig für gesellschaftliche Debatten, demokratische Beteiligung, wirtschaftliche Chancen sowie Fragen von Sichtbarkeit und Einfluss. Für uns ist klar: Eine demokratische Stadtgesellschaft muss diese Erfahrungen anerkennen, wertschätzen und braucht einen offenen Umgang damit.

Daher stärken wir Aufarbeitung und Erinnerung und kämpfen für eine Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft sowie für Chancengerechtigkeit und Teilhabe. Ziel ist ein Berlin, das ostdeutsche Lebensrealitäten stärker als bisher als selbstverständlichen Teil der Stadt anerkennt und daraus gemeinsame Perspektiven entwickelt.

Diskurse und Aufarbeitung

Für uns Bündnisgrüne bleibt die Aufarbeitung der SED-Diktatur weiterhin unverzichtbar. Zugleich wollen wir die Nachwendezeit stärker in den Blick nehmen: beispielsweise die Ursachen der Baseballschlägerjahre, Auswirkungen von Treuhand und Massenarbeitslosigkeit sowie der damit einhergehenden Abwertung von Biographien. Ebenso wichtig ist es, die demokratischen Bestrebungen zwischen Mauersturz und Beitritt sichtbar zu machen, z. B. die Runden Tische und Entwürfe für ein gesamtdeutsches Miteinander. Viele Ostberliner Erfolgsgeschichten zeigen Transformationskompetenz und geben Impulse für eine gemeinsam gestaltete Zukunft.

Dafür nutzen wir die vielfältigen Möglichkeiten unserer Stadt voller Museen, Medien, Wissenschaftsstandorten und Orten der Bürger*innenbegegnung. Außerdem setzen wir uns für den Erhalt von Erinnerungsorten ein wie dem SEZ an der Landsberger Allee und der ehemalige Stasizentrale, die jetzt den Campus für Demokratie beherbergt. Im Dialog mit den Universitäten wollen wir beispielsweise mit Forschungsprojekten – etwa einer Nachfolge des "Forschungsverbundes SED-Staat" der FU – die Debatte wissenschaftlich unterfüttern. Wir nutzen aber auch alle Möglichkeiten, um durch Ausstellungen, Kunst und Kultur und unter Beteiligung der Bürger*innen den Austausch zu fördern.
Eine wichtige Rolle spielt der Campus für Demokratie: als Ort für eine kritische Auseinandersetzung mit

der Zeit bis und seit 1990, als Labor der Demokratie, in dem neue Beteiligungsformate in Zusammenarbeit mit den Bürger*innen in den Bezirken erdacht, erprobt und evaluiert werden sowie als Raum für politische Kunst.

Wir unterstützen die geplante Freiheits-Ausstellung im Humboldt Forum Berlin - eine gemeinsame Initiative der Kulturprojekte Berlin und der Robert-Havemann-Gesellschaft, begleitet vom Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Wir fördern einen engen Austausch mit den osteuropäischen demokratischen Zivilgesellschaften und insbesondere mit der polnischen, ungarischen, ukrainischen und weißrussischen Community in Berlin, lernen von ihnen und unterstützen sie in ihren Kämpfen um Demokratie.

Demokratie und Gesellschaft

In Teilen Ostdeutschlands und Berlins verstärken sich Skepsis gegenüber staatlichen Institutionen, geringeres zivilgesellschaftliches Engagement und Zustimmung zu demokratiefeindlichen Kräften wechselseitig. Dem setzen wir insbesondere in Ostberlin eine aktive Stärkung von Zivilgesellschaft, Ehrenamt und Beteiligung entgegen.

Demokratische Mitbestimmung soll so früh wie möglich beginnen: Kinder- und Jugendbeteiligung soll flächendeckend gestärkt und gesetzlich vorgesehene Klassenräte ab Klasse 1 konsequent umgesetzt werden. Dem massiven Problem von zunehmender rechter Jugendgewalt in den Ostberliner Bezirken begegnen wir, indem wir die offene Jugendarbeit und Jugendfreizeiteinrichtungen als Schutzräume und Alternativangebote angemessen und langfristig finanziell ausstatten.

Wir setzen auf den Ausbau und die Fortführung verbindlicher Beteiligungsformate wie Kiezkassen, Bürger*innenhaushalte, eine Wiederaufnahme der partizipativen Haushaltsplanung, Bürger*innenräte, Mieter*innenbeiräte und Volksentscheide. Die Prozesse, die in einzelnen Ost-Bezirken erprobt werden, denken wir von Beginn an gleich für die ganze Stadt.

Förderung und Repräsentation

Bewährte Monitoringverfahren wenden wir auch auf ostdeutsche Sozialisation an und erkennen diese als Vielfaltsmerkmal an. Ostdeutsche Sozialisation bezieht sich dabei nicht nur auf Geburts- oder Wohnorte, sondern auch auf biografische und intergenerationelle Prägung, einschließlich ostmigrantischer Lebenswege. Diese Erfahrungen sollen als Teil gesellschaftlicher Vielfalt stärker anerkannt und mitgedacht werden.

Vielfalt muss sich auch in Entscheidungspositionen widerspiegeln, doch ostdeutsche Perspektiven sind hier weiterhin unterrepräsentiert. Das zeigt sich in der Wirtschaft, aber auch in Behörden, landeseigenen Betrieben und öffentlichen Institutionen. Diese Schieflage ist ein Verlust für die Stadt.

Wir fördern gezielt Führungskräfte und Gründer*innen mit ostdeutscher Sozialisation und verstetigen Programme zur Nachwuchsgewinnung sowie zur beruflichen Vernetzung in und außerhalb der Verwaltung. Wir gestalten Karriere- und Entwicklungswege in der Verwaltung transparenter. Wir setzen uns für eine angemessene Repräsentation ostdeutscher Biographien und Perspektiven beispielsweise in der Wissenschaft, Medien und Kultur ein.

Chancengerechtigkeit

Im Osten wird deutlich weniger vererbt, häufiger zur Miete gewohnt und im Durchschnitt niedriger entlohnt. Menschen mit Ostsozialisation sind dadurch sowohl in der Erbengesellschaft als auch in der Leistungsgesellschaft benachteiligt. Wir setzen uns auch darum auf Bundesebene für eine Reform der

Erbschaftssteuer ein. Eine Änderung des Mietrechts zur Sicherung stabiler und bezahlbarer Mieten wirkt ebenfalls besonders im Osten.

Der Neubau bezahlbarer Wohnungen darf nicht zulasten der Lebensqualität im Quartier gehen. Daher fordern wir Innenentwicklungskonzepte, die den im Osten fehlenden Baunutzungsplan kompensieren, eine ungeregelte, renditegetriebene Nachverdichtung verhindern und einer Baugenehmigung immer vorangehen müssen. Freiflächen in ehemaligen Ostbezirken dürfen nicht den historisch-bedingt fehlenden Bebauungsplänen zum Opfer fallen und zur ungebremsten Nachverdichtung genutzt werden.

Wir kämpfen für gleiche, faire Löhne sowohl durch eine Erhöhung des Mindestlohnes auf Bundesebene wie auch durch Erhöhung der Tarifbindung im Osten und unterstützen daher die gewerkschaftliche Selbstorganisation und die Gründung von Betriebsräten.Besonders wichtig ist uns der faire Zugang zu beruflicher Qualifikation und Aufstieg. Daher fördern wir den kostenfreien und unentgeltlichen Erwerb des Meisterabschlusses als zentralen Aufstiegsweg im Handwerk.

Durch Gründer*innenstipendien kurbeln wir die Wirtschaft vor Ort an. Beispielsweise im CleanTech in Marzahn, im Wista in Adlershof oder im Technologie- und Gründerzentrum in Oberschöneweide wird der Wandel zu klimagerechter Wirtschaft erforscht und gestaltet.

Begründung

Warum ein eigenes Unterkapitel zu ostdeutschen Perspektiven notwendig ist

Mit dem vorliegenden Antrag schlagen wir vor, das Berliner Wahlprogramm um ein eigenständiges Unterkapitel zu ostdeutschen Perspektiven zu erweitern. Ziel ist die politische Bearbeitung einer strukturellen Herkunfts- und Sozialisationsdimension, die für Berlin in besonderer Weise prägend ist. Als einziges ost-westdeutsches Bundesland ist Berlin zugleich Erfahrungsraum, Projektionsfläche und politisches Labor der deutschen Einheit.

Mehr als drei Jahrzehnte nach 1990 zeigen sozialwissenschaftliche Studien und staatliche Berichte übereinstimmend, dass ostsozialisierte Menschen weiterhin systematisch unterrepräsentiert sind und geringere Teilhabechancen haben. Dies betrifft insbesondere Vermögensbildung, Führungspositionen in Verwaltung, Medien, Wirtschaft und Politik (siehe ostbeauftragte.de/resource/blob/2038516/2160276/5869fdb68b793ab774664c5a500644ad/bundeskonzept-data.pdf?download=1,S. 21ff). Die lange verbreitete Annahme, diese Unterschiede würden sich mit dem Generationswechsel von selbst erledigen, hat sich empirisch (siehe Steffen Mau „Ungleich vereint“) nicht bestätigt.

Ostsozialisation ist dabei keine rein biografische Randnotiz, sondern eine wirkmächtige soziale Prägung. Forschung (ostbeauftragte.de/resource/blob/2038516/2160276/5869fdb68b793ab774664c5a500644ad/bundeskonzept-data.pdf?download=1, S. 12) beschreibt sie als Form sozialer Herkunft, die durch Transformationserfahrungen, institutionelle Brüche und die anhaltende Abwertung ostdeutscher (Arbeits-)Biographien gekennzeichnet ist. Diese Prägungen wirken auch in nachwendesozialisierten Generationen fort und beeinflussen messbar politische Einstellungen, Vertrauen in staatliche Institutionen und politische sowie zivilgesellschaftliche Beteiligung.

Der Kampf gegen Rechts und für die Demokratie ist nicht allein eine Frage politischer Abgrenzung, sondern auch der strukturellen Einbindung und Anerkennung ostdeutscher Erfahrungen. Untersuchungen zeigen, dass ostsozialisierte Menschen im Durchschnitt eine geringere Parteibindung und eine höhere Wechselwahlneigung aufweisen. Politische Zugehörigkeit entsteht hier weniger über langfristige Loyalitäten als über Ansprache und tatsächliche Repräsentation. Wo diese ausbleibt, entstehen Repräsentationslücken, die von antidemokratischen Akteuren gezielt besetzt werden.

Vor diesem Hintergrund ist ein eigenes Kapitel zu ostdeutschen Perspektiven kein identitätspolitischer Sonderweg – und auch kein Ringen mit anderen Diversitätsmerkmalen –, sondern Ausdruck einer evidenzbasierten Demokratiepolitik. Ähnlich wie bei der Gleichstellung von Frauen oder der Anerkennung von Menschen mit Migrationsgeschichte geht es um die systematische Berücksichtigung einer sozialen Lage, die politische Teilhabe beeinflusst. Repräsentation wird dabei nicht als Selbstzweck verstanden, sondern als Voraussetzung für Vertrauen in demokratische Institutionen und Entscheidungen.

Die vorgeschlagenen Schwerpunkte des Kapitels – Diskurse und Aufarbeitung, Demokratie und Gesellschaft, Förderung und Repräsentation sowie Chancengerechtigkeit – greifen dabei unterschiedliche Ebenen derselben Problemlage auf. Sie verbinden historische Einordnung mit gegenwärtiger Demokratiepraxis und zukunftsgerichteter Strukturpolitik. Die stärkere Berücksichtigung der Nachwendezeit soll deutlich machen, wie sehr heutige politische Einstellungen aus konkreten Transformationserfahrungen hervorgegangen sind, und so verkürzte Gegenwartsdeutungen verhindern.

Berlin verfügt über besondere Voraussetzungen, diese Perspektiven produktiv zu integrieren: durch seine Erinnerungsorte, seine vielfältige Zivilgesellschaft, seine Wissenschafts- und Medienlandschaft sowie durch Ostberliner Bezirke mit hoher Transformationskompetenz. Diese Kompetenzen wollen wir stärker sichtbar machen: Der Osten ist kein Defizitraum. Reale Benachteiligungen müssen stärker anerkannt werden, um einen Einigungsprozess in seiner ganzen Vielfalt weiter zu ermöglichen.

Nicht zuletzt ist der Antrag auch eine bewusste Rückbesinnung auf die eigene Geschichte unserer Partei. „BÜNDNIS 90“ steht für demokratischen Aufbruch, Stärkung der Bürgerrechte und politische Teilhabe von unten. Diese Tradition ist heute aktueller denn je. Eine Politik, die ostdeutsche Perspektiven ernst nimmt, stärkt die demokratische Repräsentationsfähigkeit insgesamt – in Ost wie in West.

Das eigenständige Kapitel zu Ostperspektiven ist damit eine notwendige Ergänzung des Wahlprogramms. Es schärft den Blick für strukturelle Ungleichheiten, stärkt demokratische Resilienz und macht deutlich, dass ein Zusammenwachsen auf Augenhöhe politische Gestaltung braucht. Zudem liefert es politische Ideen für eine Ansprache an die Wähler*innen aus dem Osten, die wir damit glaubwürdig ansprechen und neu gewinnen wollen.

Unterstützer*innen

Stephanie Frost (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Anja Blau (KV Berlin-Pankow); Sergey Lagodinsky (KV Berlin-Pankow); Annkatrin Esser (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Julia Schneider (KV Berlin-Pankow); Maren Tepper (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf); Stefan Ziller (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf); Sabine Ponath (KV Berlin-Pankow); Jacob Zellmer (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Claudia Jung (KV Berlin-Pankow); Janine Andrä (KV Berlin-Pankow); Sabine Hawlitzki (KV Berlin-Pankow); Lydia Krüger (KV Berlin-Pankow); Michael Oberst (KV Berlin-Pankow); Regina W. Câmara (KV Berlin-Pankow); Karin Kayser (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Frank Schubert (KV Berlin-Pankow); Grit Menzzer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Andreas Otto (KV Berlin-Pankow); Tim Junge (KV Berlin-Lichtenberg); Susanne Sachtleber (KV Berlin-Mitte); Carsten Glöckner (KV Berlin-Pankow); Paul Schlüter (KV Berlin-Pankow); Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei); Oda Hassepaß (KV Berlin-Pankow); Louis Krüger (KV Berlin-Pankow); Martin Rümelin (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Ian Harknett (KV Berlin-Pankow); Michael Winkelmann (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Jenny Lenz (KV Berlin-Pankow); Mika Nyke Lou Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Dustin Eikmeier (LV Grüne Jugend Berlin); Sebastian Prassek (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Dario Planert (KV Berlin-Neukölln); Karin Schädler (KV Berlin-Kreisfrei); Catrin Wahlen (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Evan Vosberg (KV Berlin-Lichtenberg); Katrin Bihari Vass (KV Berlin-Pankow); Stefan Gelbhaar (KV Berlin-Pankow); Annette Klemm (KV Berlin-

Pankow); Falco Strasser (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Lennart Rothe (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Corinna Balkow (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei); Kolja Vöhringer (KV Berlin-Pankow); Daniel Mieves (KV Berlin-Pankow); Timur Ksianzou (KV Berlin-Reinickendorf); Lisa Lotta Köhler (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Dániel Fehér (KV Berlin-Pankow); Paul Schamuhn (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Christian Holtorf (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Anne Speck (KV Berlin-Pankow); Andrea Baewert (KV Berlin-Pankow); Madlen Ehrlich (KV Berlin-Mitte); Christoph Frost (KV Berlin-Neukölln); Simon Muschick (KV Frankfurt-Oder); Ann-Kathrin Reichardt (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Falk Lämmermann (KV Berlin-Lichtenberg); Thies Sorgenfrei (KV Berlin-Mitte); Andrea Nakoinz (KV Berlin-Pankow); Carola Ehrlich-Cypra (KV Berlin-Pankow); Thomas Dikant (KV Berlin-Neukölln); Jan-Klaus Oczenasek (KV Berlin-Kreisfrei); Maria Kottrup (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Can Aru (KV Berlin-Pankow); Santiago Rodriguez Salgado (LV Grüne Jugend Berlin); Chantal Münster (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf); Lev Gordon (KV Berlin-Neukölln); Jan-Gerrit Keil (KV Berlin-Pankow); Maj-Britt Jungjohann (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Jan Stiermann (KV Berlin-Neukölln); Annika Gerold (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Melanie Kramer (KV Berlin-Lichtenberg); Thomas Egenberger MA (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Harald Moritz (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Obinna van Capelleveen (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Ulrike Schenka-van Capelleveen (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Kathleen Wabrowetz (KV Berlin-Neukölln); Georg Atta Mensah (KV Berlin-Reinickendorf); Dominik Weis (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Patrick König (KV Berlin-Reinickendorf); Gülay Sistu (KV Berlin-Reinickendorf); Jana Schallau (KV Berlin-Neukölln); Ulrike Kipf (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Sonja Heinzen (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Oliver Jütting (KV Berlin-Pankow); Roman Guski (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Jan Barth (KV Berlin-Reinickendorf)